

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder

Philipp, Sylvia Dr.

Vertretung durch Frau
Christoforidou

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.08.2015
- 4 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung
- 5 Mitteilungen
- 6 Mitteilungen / Anträge des Behindertenbeirates
- 7 Zentralisierung der Verwaltung / Bericht über die Untersuchung einer weiteren Variante 231/2015/1
- 8 Beratung des Etatentwurfs 2016
- 8.1 Beratung des Etatentwurfs 2016 - FB 5 - 216/2015
- 8.2 Beratung des Etatentwurfs 2016 - FB 1 - 226/2015
- 8.3 Beratung des Etatentwurfs 2016 - FB 1/IT - 227/2015
- 9 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Frau Bürgermeisterin Grollmann eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt alle Anwesenden zur heutigen Sitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Anschließend stellt sie die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu der Tagesordnung gibt sie nachstehende Informationen:

- die in der Einladung zum TOP A 7 – Zentralisierung der Verwaltung als Nachgang angekündigte Vorlage liegt auf den Tischen aus – sie trägt die Nr. 231/2015/1
- unter TOP B 3 – Vertragsangelegenheiten – ist ein weiterer Unterpunkt B 3.1 – ebenfalls Vertragsangelegenheiten – hinzugekommen – hierzu liegt auf den Tischen die Vorlage – Nr. 236/2015 aus

Zum Beratungsgegenstand der Zentralisierung der Verwaltung begrüßt sie Frau Bozorgzadeh von der Firma Drees und Sommer, die eine Präsentation zu dem Tagesordnungspunkt A 7 vorbereitet hat.

Nachdem auf Nachfrage keine Fragen oder Anmerkungen zur Ergänzung der Tagesordnung vorgetragen werden, bittet sie um Abstimmung hierüber und kann einstimmige Beschlussfassung feststellen.

3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.08.2015

Die Niederschrift vom 20.08.2015 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

4 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

Es stellt sich Herr Martin Blumenroth, von Beruf Architekt vor und erklärt, dass er den Entwurf zu der im Gebäude der Gustav-Heinemann-Schule (GHS) angedachten Zentralisierung der Verwaltung gesehen habe. Er vermisse bei dieser Variante das Repräsentative eines öffentlichen Gebäudes, das im 21. Jahrhundert ein Rathaus mit

Herr Feldmann teilt mit, dass sich die Fraktion DIE LINKE. einen Neubau hinter dem jetzigen Rathaus vorstellen könne. Gleichzeitig vertrete sie die Meinung, die öffentliche Sporthalle der GHS beizubehalten. Er erkundigt sich, ob es bei Umbau der GHS Untersuchungen hinsichtlich der Statik gebe, da sich im unteren Bereich des Gebäudes die Duschräume und Umkleidekabinen befinden. Ebenfalls könne sich seine Fraktion nicht vorstellen, dass die Nahverkehrsbusse bis in das Wohngebiet fahren können, in dem sich die GHS befinde. Nach seiner Auffassung ist der Bereich zu weit von der Innenstadt entfernt. Daher könne sich die Fraktion DIE LINKE. nur einen Neubau in der Innenstadt vorstellen.

Zur Frage der Statik erläutert Frau Bozorgzadeh, dass diese bei dem Sanierungsgedanken berücksichtigt worden sei. Auch die Turnhalle sei in die Nutzung mit einbezogen worden. Bei der Bewertung sei die Kubatur übernommen und ein Abriss mit anschließendem Neubau vorgenommen worden. Die bestehende Statik würde den Umbau nicht aushalten.

Herr Kick bezieht sich auf die auf Seite 6 dargestellten Auswirkungen auf den Haushalt 2016 – 2022 und den Auszug aus Betrachtung 2016 – 2038. Er erkundigt sich, ob die Betrachtung bis 2038 auch durchgängig vorliege und warum diese nicht auch als Folie vorgestellt worden sei.

Frau Bozorgzadeh erläutert, dass der Betrachtungszeitraum bewusst so gewählt worden sei, weil sich dort die maßgeblichen Abweichungen befinden. Sie führt im Anschluss beispielhafte Maßnahmen auf, die nach dem gewählten Zeitraum in der Bewertung keine wesentliche Rolle mehr spielen.

Auf eine Nachfrage des Herrn Kick, ob die auf Folie 6 ausgewiesenen Differenz von 700.000 € bei Neubau und Sanierung bis 2038 konstant bleiben werde, antwortet Frau Bozorgzadeh, dass sich die Differenz in den Folgejahren sicherlich verringere.

Herr Gießwein teilt mit, dass es unter dem Gebäude der GHS aufgrund der dort befindlichen Bunker eine gute Statik gebe. Im Hinblick auf die in der Betrachtung offensichtlich an den Werten der Bilanz ausgerichteten Verkaufserlöse, ist er der Auffassung, dass diese realitätsnäher betrachtet werden müssen. Er könne sich nicht vorstellen, dass ein Gebäude mit einem derart großen Bunker einen nur so geringen Verkaufserlös erziele.

Gleichzeitig erkundigt er sich, ob Frau Bozorgzadeh zu einer möglichen statischen Aufrüstung der Turnhalle anstelle eines Abrisses und Neubaus mit einem Architekten gesprochen habe.

Frau Bozorgzadeh erwidert, dass sie selbst Architektin sei und sich alles angesehen habe. Eine statische Aufrüstung sei nicht möglich.

Zu der Frage des Verkaufserlöses fügt sie hinzu, dass Verkehrswerte oder Marktwerte schwierig zu ermitteln seien und somit die Frage, was als Verkaufserlös angesetzt werden könne, schwer zu beantworten sei. Wenn es lt. Marktlage einen Interessenten gebe, der genau so eine Konstellation mit einem Bunker suche, sehe der Marktpreis anders aus, als wenn der Verkehrswert ermittelt werde. Alles in allem könne nur mit Annäherungswerten kalkuliert werden.

Auf die Frage des Herrn Flühöh zur eingeschossigen Turnhalle mit zweigeschossigem Aufbau erläutert Frau Bozorgzadeh, dass man dort auf den dann vorhandenen Kubus eine Zwischendecke setze. Es sei allein eine Frage zwischen technischer Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit.

Auf Nachfrage des Herrn Flühöh, ob dies von ihr geprüft worden oder eher spontane Einschätzung sei, bestätigt Frau Bozorgzadeh letzteres.

Herrn Feldmann ist noch ratlos, welchen Beschluss er fassen soll. Für ihn seien heute neue Aspekte hinzugekommen.

Frau Grollmann dankt Frau Bozorgzadeh für ihre Ausführungen und stellt zur allgemeinen Diskussion, wie in der Angelegenheit nun weiter verfahren werden solle. Sie habe den Eindruck gewonnen, dass es für einige Ausschussmitglieder neue Erkenntnisse gegeben habe, so dass sie heute noch keinen Grundsatzbeschluss fassen können.

Bisher gab es den „Ob-Beschluss“ und den Auftrag an die Verwaltung aus 2012. Die verkehrliche Anbindung war nicht Bestandteil des Auftrags.

Die Bürgermeisterin schlägt daher vor, die Informationen in Ruhe zu überdenken und im folgenden Finanzausschuss eine Entscheidung zu treffen.

Herr Kick fragt nach, ob dem Hauptausschuss nur die Federführung übertragen worden sei oder ob er auch die abschließende Entscheidung treffen solle, was seines Erachtens bei einem solchen Projekt nur der Rat beschließen könne.

Herr Schweinsberg ist erinnerlich, dass seinerzeit gesagt worden sei, dass für die Koordination der Hauptausschuss und für die abschließende Entscheidung der Rat zuständig sei.

Herrn Stutzenberger fehlen für eine Entscheidungsfindung die für ihn wichtigen Aussagen zur jeweiligen verkehrlichen Anbindung und Parkplatzsituation. Diese Fragen sollten auf jeden Fall beleuchtet und für eine Grundsatzentscheidung ergänzt werden.

Frau Grollmann sichert zu, die Anregung mitzunehmen.

Herr Schweinsberg erinnert an dieser Stelle an die Verfügung der Bezirksregierung Arnsberg, nach der die Zentralisierung der Verwaltung eine der Haushaltssanierungsmaßnahmen darstelle und aus Gründen der Zeit kurzum eine Grundsatzentscheidung getroffen werden müsse. Im Anschluss werde es noch die Beteiligung vieler Fachausschüsse zu unterschiedlichsten Fragestellungen geben. Aber die Politik müsse nun sagen, welcher Variante sich angenähert werden solle. Wenn zwischendurch schwere Hemmnisse auftreten, könne die Thematik an den Hauptausschuss zurückgegeben werden, der die nächsten Schritte überlegen, getroffene Grundsatzentscheidungen ggf. überdenken und anders treffen könne.

Herr Flühöh hält den Vorschlag der Bürgermeisterin für sinnvoll, die Angelegenheit zur weiteren Erörterung zunächst in den Finanzausschuss am 05.11.2015 zu vertagen und stellt einen dementsprechenden Antrag.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

8 Beratung des Etatentwurfs 2016

8.1 Beratung des Etatentwurfs 2016 - FB 5 -

216/2015

Frau Bürgermeisterin Grollmann ruft den Tagesordnungspunkt 8 – Beratung des Etatentwurfs 2016 mit seinen Unterpunkten 8.1 – 8.3 auf und überträgt Herrn Schweinsberg das Wort.

Herr Schweinsberg bittet anschließend zu den einzelnen Positionen aus Vorlage 216/2015 um Fragen oder Wortmeldungen.

Nachdem es keine Wortbeiträge gibt, erfolgt Beschlussfassung über Vorlage 216/2015.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm den Beschluss der entsprechenden Haushaltsansätze 2016 gemäß Vorberatung in der heutigen Sitzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	2

Herr Philipp war während der Abstimmung nicht anwesend.

8.2 Beratung des Etatentwurfs 2016 - FB 1 -

226/2015

Ebenso wie bei Vorlage 216/2015 erkundigt sich Herr Schweinsberg auch zu den in Vorlage 226/2015 aufgeführten Haushaltspositionen nach Wortmeldungen.

Da es keine Fragen gibt, erfolgt Beschlussfassung über Vorlage 226/2015.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm den Beschluss der entsprechenden Haushaltsansätze 2016 gemäß Vorberatung in der heutigen Sitzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	2

Herr Philipp war während der Abstimmung nicht anwesend.

Auch zu TOP A 8.3 werden keine Fragen oder Anregungen vorgetragen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Schwelm den Beschluss der entsprechenden Haushaltsansätze 2016 gemäß Vorberatung in der heutigen Sitzung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	2

Herr Philipp war während der Abstimmung nicht anwesend.

9 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Stutzenberger bezieht sich auf seine in der Sitzung des Rates vom 22.10.2015 vorgetragene Fragestellung zum Fußgängerüberweg aus dem Baugebiet Winterberg heraus.

Herr Guthier sagt Informationen zur Fragestellung zu.

Antwort der Verwaltung:

Die innere Erschließung des Plangebiets obliegt der S-Projekt aufgrund städtebaulichen Vertrages mit der Stadt. Innerhalb des Plangebiets sind „verkehrsberuhigte Bereiche“ festgesetzt, sodass Gehwege nicht gesondert ausgewiesen sind.

Die Anbindung des Plangebiets an das öffentliche Straßennetz erfolgt u.a. über eine Fußgängerquerung in Höhe des Hauses Frankfurter Straße 48 b.

Die von der S-Projekt hierzu vorgelegte Ausbauplanung wird aufgrund der Empfehlungen aus der Verwaltung derzeit bearbeitet. Ziel soll insbesondere sein, einen durchgehenden Gehweg „in das Baugebiet hinein“ herzustellen, sodass insbesondere Schulkinder gefahrlos den Einmündungsbereich queren können.

Nach Auskunft des Bauträgers soll die Maßnahme noch in diesem Jahr umgesetzt werden.

Herr Feldmann führt das Thema Baumschutz an. Hierzu werden neue Regelungen getroffen werden müssen. Die Angelegenheit liege zwar zurzeit beim Kreis, aber er erkundige sich, wie das Verfahren zukünftig sein solle.

Herr Schweinsberg erklärt, die Fragestellung mit in den Ausschuss für Umwelt- und Stadtentwicklung zu nehmen.

Sitzungsunterbrechung 17:55 Uhr – 17:58 Uhr

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 10 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 30.10.2015	Schriftführerin gez. Söhner	Die Bürgermeisterin gez. Grollmann
-------------------------	-----------------------------------	--